

DRINGLICHE ANFRAGE von Hans-Peter Portmann (FDP, Thalwil) und Arnold Suter (SVP, Kilchberg) und Silvia Steiner (CVP, Zürich)

betreffend Kantonsreferendum gegen das Steuerabkommen Schweiz - Frankreich

Am 11. Juli 2013 haben die Finanzministerin der Schweiz und der Finanzminister von Frankreich ein neues Erbschaftssteuerabkommen unterzeichnet. Dieses muss nun noch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Dies dürfte in unserem Lande kein einfaches Unterfangen sein, liegt doch die Steuerhoheit im Bereich der Erbschaftssteuer ausschliesslich bei den Kantonen. Die Bundesverfassung räumt denn auch bei der Steuerpolitik des Bundes den Kantonen ein explizites Mitwirkungsrecht ein.

Das vorliegende Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich kann für die Kantone schwerwiegende Konsequenzen für ihre Steuersubstrate haben. Im weiteren birgt die Besteuerung von inländischen Immobilien durch fremde Staaten im Konfliktfall die Gefahr der Verletzung unserer Gebietshoheit. Konkret werden in diesem Abkommen mit Frankreich Schweizer Staatsangehörige im Vergleich zu anderen Doppelbesteuerungsabkommen benachteiligt. Dazu kommt, dass unsere grosszügige Anbietung zum Durchgriff von ausländischen Steuergesetzen auf schweizerischem Territorium die Begehrlichkeiten anderen Staaten schüren wird, was insbesondere mit Blick nach Deutschland für den Kanton Zürich verheerend sein könnte. Ganz allgemein muss der weltweit zunehmenden materiellen Steuerharmonisierung entgegengewirkt werden, weil damit jene Staaten, welche ihre Haushalte in Ordnung halten und somit eine vertretbare Steuerbelastung für die Bevölkerung aufrechterhalten können, bestraft werden.

Da bereits in der Herbstsession National- und Ständerat über dieses Erbschaftssteuerabkommen befinden werden und die Frist zur Einreichung eines Kantonsreferendums auf Bundesebene mit 100 Tagen angesetzt ist, drängt sich die Dringlichkeit für diese Anfrage auf.

Wir stellen deshalb folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Welche Haltung nimmt der Zürcher Regierungsrat gegenüber dem Bund zum vorgelegten Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich ein?
2. Ist der Regierungsrat bereit, im Falle einer Annahme dieses Steuerabkommens durch das eidgenössische Parlament dem Kantonsrat ein Begehren auf Ergreifen des Fakultativen Referendums gegen diesen Bundeserlass zu stellen?
3. Falls eine Mehrheit des Kantonsrates im Falle einer Annahme dieses Steuerabkommens durch das eidgenössische Parlament das Kantonsreferendum ergreifen wollte, würde der Regierungsrat im Verfahrensablauf Hand bieten, damit die 100-tägige Frist zur Einreichung auf Bundesebene eingehalten werden könnte?

Hans-Peter Portmann
Arnold Suter
Silvia Steiner

E. Bachmann
H. Bär

J. Bellaiche
R. Bartholdi

F. Albanese
E. Bollinger

B. Amacker
Y. Bürgin

M. Arnold
R. Burtscher

L. Camenisch	K. Egli	M. Farner	H. Frei	B. Frey
A. Gantner	A. Geistlich	E. Gutmann	M. F. Clerici	H. Egli
L. Feit	R. Frei	R. Fürst	R. Gutknecht	M. Haab
W. Haderer	H. P. Häring	H. Haug	M. Hauser	J. Hofer
Ch. Holenstein	B. Huber	R. Isler	B. Johner	L. Habicher
A. Hauri	H. H. Heusser	D. Hodel	O. M. Hofmann	S. Huber
W. Isliker	K. Kull	P. Kutter	W. Langhard	Ch. Lucek
Ch. Mettler	U. Moor	R. Kleiber	J. Kündig	H. Kyburz
U. Lauffer	J. Mäder	R. Menzi	J. P. Pinto	H. H. Rath
P. Reinhard	P. Ritschard	M. Schaaf	R. Scheck	B. Scherrer Moser
L. Schmid	J. Schneebeil	D. Schwab	Y. Senn	P. Preisig
M. Rinderknecht	R. Sauter	W. Scherrer	R. Schmid	C. Schmid
W. Schoch	B. Schwarzenbach	B. Steinemann	J. Trachsel	Th. Vogel
C. von Planta	B. Walliser	R. Walti	K. Weibel	S. Wettstein
A. Steinmann	J. Sulser	C. Thomet	P. Uhlmann	H. U. Vogt
E. Vontobel	B. Walti	Th. Weber	M. Welz	J. Wiederkehr
G. Winkler	O. Wyss	M. Zeugin	Ch. Ziegler	R. Zimmermann
M. Zuber	H. W. Wiesner	Th. Wirth	H. Wuhrmann	C. Zanetti
J. Zollinger	H. Züllig			